



WAS BRINGT DIE AMPEL FÜR DIE ALTERSSICHERUNG?

Im Wahlkampf sind SPD, Grüne und FDP bei der Rente mit erkennbar unterschiedlichen Forderungen angetreten. Der Koalitionsvertrag ist der Versuch, eine Kompromissformel bei der Altersvorsorge zu finden. Entgegen anderslautender Aussagen der zukünftigen Regierungsparteien, ist der Rentenkompromiss der Ampelkoalition kein großer Wurf, sondern ähnelt eher einem Flickenteppich. Fortschrittliche, zukunftssichere und solidarische Rentenpolitik sieht anders aus.

Die vermeintliche Kompromissformel im Koalitionsvertrag

Stabilisierung des Rentenniveaus und Verzicht auf die weitere Anhebung der Regelaltersgrenze auf der einen Seite; Einstieg in die Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung und Prüfauftrag für einen öffentlich verwalteten Fonds mit Abwahlmöglichkeit für die private Vorsorge der Beschäftigten auf der anderen Seite. So lautet der vermeintliche Kompromiss der im Kapitel zur Altersvorsorge des Koalitionsvertrages festgehalten wird.

Das Problem: Die im Koalitionsvertrag angedeutete Rentenpolitik ist kein wirklicher Kompromiss, sondern eine Aneinanderreihung von Einzelforderungen der drei Regierungsparteien. Es fehlt ein klares

und einheitliches Leitbild, das einem wegweisenden Rentenkompromiss zu Grunde liegen und einen Ausweg aus den bestehenden Problemen der Alterssicherung weisen könnte.

Stabilisierung ist zu wenig

Zunächst ist festzuhalten: Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48% (sogar in der Definition vor der Verzerrung durch die kürzlich [durchgeführte Statistikrevision](#)) und der Verzicht auf die weitere Anhebung der Regelaltersgrenze sind auch ein Teilerfolg für gewerkschaftliche Mobilisierung beim Thema Rente.

Auch wenn es bei der Niveaugarantie sicherlich noch auf die genaue Ausgestaltung im Gesetzgebungsverfahren ankommen wird, wäre die Sicherung des Status quo auf der Leistungsseite ein wichtiger Schritt für alle, die sich eine starke gesetzliche Rente wünschen. Das weitere Absinken des Rentenniveaus nach 2025 wäre somit gestoppt!

Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass sich mit der [Reaktivierung des Nachholfaktors](#) noch vor der nächsten Rentenanpassung 2022 auch diejenigen ein Stück weit durchgesetzt haben, die einen Gleichschritt von Lohnentwicklung und Rentenanpassung langfristig verhindern wollen. Auch wenn der Effekt auf die Rentenanpassung im nächsten Jahr verhältnismäßig gering ausfällt, trägt die Reaktivierung dazu bei, dass die Löhne in den kommenden Jahren den Renten weiter davonlaufen werden und das Rentenniveau langfristig bei 48% eingefroren bleibt.

Im Kontext der Diskussion um das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente ist aber eine Sache viel entscheidender: Eine Stabilisierung des Rentenniveaus und das Festhalten am Status quo bei der gesetzlichen Rentenversicherung reichen nicht aus! Für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente brauchen wir perspektivisch auch eine [Anhebung auf etwa 53 %!](#)

Sackgasse Kapitaldeckung

Während der Reformwille beim Rentenniveau nicht weit genug geht, führen die Vorstellungen der Ampelkoalition beim Thema Kapitaldeckung vollends in die rentenpolitische Sackgasse. Zwar konnte sich die FDP mit ihrer [„Aktienrente“](#) am Ende nicht ganz durchsetzen, der Einstieg in die teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente ist mit zusätzlichen 10 Milliarden Euro aber gemacht. Den Befürwortern der Kapitaldeckung geht es dabei langfristig um eine Koppelung von Rentenzahlungen und Renditen an den Finanzmärkten. Die verteilungs-, sozial- und gesellschaftspolitischen Folgen von Schwankungen und Renditeausfällen, insbesondere die damit verbundenen Risiken für die Versicherten, werden dabei verschwiegen oder kleingeredet.

Der Umgang der Koalitionäre mit der gescheiterten Riesterrente und dem Festhalten an einem dysfunktionalen Drei-Säulen-Modell lässt auch bei der Neuregelung der zusätzlichen Altersvorsorge nichts Gutes erahnen. Eine grundlegende Reform des bisherigen Systems privater Vorsorge anzustreben, ist sicherlich richtig und lange überfällig. Die gescheiterte Form der Privatvorsorge am Kapitalmarkt, durch noch mehr Risiko in Form eines insbesondere [von den Grünen ins Spiel gebrachten staatlichen Fondsmodells](#) zu ersetzen, führt jedoch weiter in die Sackgasse hinein, statt einen Weg aus ihr heraus zu weisen. Die bisherigen Vorschläge zur Finanzierung eines solchen Fonds sind außerdem ein deutlicher Hinweis auf die verteilungspolitischen Folgen der angestrebten rot-grün-gelben Rentenpolitik,



sollen doch die Beiträge ausschließlich von Arbeitnehmer*innen geleistet werden.

Insgesamt ist mehr Kapitaldeckung der falsche Weg. Kurzfristig können dadurch die Finanzierungsprobleme ohnehin nicht gelöst werden – was selbst die Befürworter einräumen – und langfristig kollidiert das Ziel guter Renditen mit der Erwartung an eine sichere und verlässliche Altersvorsorge.

Fazit: Solidarische Strukturreform fehlt

Statt kleiner Reformschritte bei der gesetzlichen Rente und risikoreichen Experimenten mit kapitalgedeckter Altersvorsorge in der zweiten und dritten Säule, braucht es den Mut zu einer solidarischen Strukturreform. Unverzichtbar ist die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung sowie die Stabilisierung der Finanzbasis durch eine umfassende Versicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse und eine Neujustierung von Beiträgen und Steuermitteln. Moderat steigende Beitragsätze sollten dabei kein Tabu sein. Perspektivisch muss es außerdem auch um ein angemessenes Sicherungsziel oberhalb von 48 Prozent gehen, um dadurch eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente für alle Beschäftigte zu erreichen.



Die Haltelinie beim Rentenniveau und die Absage an weitere Anhebungen des Rentenalters wehren weitere Verschlechterungen ab. Die Zukunftsprobleme der Alterssicherung lösen sie nicht. Und dort wo die Ampel-Koalitionäre über Innovationen nachdenken, laufen sie mit dem Ausbau der Kapitaldeckung ordnungspolitisch in die falsche Richtung. Reformieren nicht stabilisieren lautet das Gebot der Stunde!“



Hans-Jürgen Urban

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

IMPRESSUM

IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, V.i.S.d.P / Verantwortlich nach § 55 Abs. 2 RStV: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Redaktion FB Sozialpolitik: Christoph Ehlscheid, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Stefanie Janczyk, Sebastian Kramer

